

Bayerns Ausländerbeauftragte verärgert über Seehofer

Bamberg (dpa) - Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) stößt wegen seiner Forderung nach einer Begrenzung der muslimischen Zuwanderung auf wütenden Protest der bayerischen Ausländerbeiräte.

«Ich halte Äußerungen, die ganze Bevölkerungsgruppen ausgrenzen und unter Pauschalverdacht stellen, für unverantwortlich und sehr gefährlich», sagte Mitra Sharifi-Neystanak, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (agaby) in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa. «Anti-islamische Haltung ist zur Zeit sehr in Mode, ich halte das für rassistisch.»

Sharifi - Deutsch-Iranerin, von Beruf Germanistin und an der Uni Bamberg tätig - warnte vor einer fremdenfeindlichen Welle: «Das könnte Dinge ins Rollen bringen, die die Politiker dann nicht mehr unter Kontrolle haben.» Sie warf Seehofer vor, nach der Sarrazin-Debatte am rechten Rand Stimmen fangen zu wollen. «Natürlich gibt es Probleme. Wir haben einen kleinen Teil Fundamentalisten. Aber die große Mehrheit der Muslime in Deutschland steht auf dem Boden der Verfassung. Ich bin selbst Muslimin, wenn auch keine besonders gläubige.»

Integrationsprobleme hätten nach bisherigen Untersuchungen aber weniger mit der Religion zu tun als mit der sozialen Lage, sagte Sharifi. «Solche ausgrenzenden Aussagen können dazu führen, dass manche den Fundamentalisten geradezu in die Arme getrieben werden», warnte sie. Notwendig sei daher, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und nicht zu schwächen. «Die deutsche Kultur kann stolz sein auf die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichheit aller Menschen und die Religionsfreiheit. Ich fände es sehr bedauerlich, wenn jetzt ein Kulturkampf gestartet würde. Solch ein Kampf würde niemandem nutzen.» Die CSU habe sich in den vergangenen Jahren in der Ausländerpolitik zurückgehalten. «Die jetzige Debatte empfinde ich als Rückschritt», sagte Sharifi.

© sueddeutsche.de - erschienen am 12.10.2010 um 15:38 Uhr